

2

UNBEHÜTET

Wegen der Brandschutzregeln verzichtet der FSR Geschichte auf seine traditionelle „Hutparty“. Er wolle das moralische Risiko nicht tragen.

3

UNSICHTBAR

Außer Nachnamen hat die große polnische Minderheit nur wenige Spuren hinterlassen. Auf der Suche nach den Ruhrpolen.

4

UNTERZUCKERT

Die Volkskrankheit Diabetes ist meist genetisch bedingt. Zum Welt-Diabetes-Tag am 14. November hat die :bsz zwei Fachleute befragt.

6

UNEHRENHAFT

Im StuPa wird darüber gestritten, ob Peter Scholl-Latour eine Ehrenprofessur der RUB aberkannt werden soll. Dazu bringt die :bsz ein Pro und Contra.



Ob in Düsseldorf oder – wie hier im Bild – in Bamberg: Angehende TherapeutInnen demonstrieren für bessere Arbeitsverhältnisse und eine gerechte Bezahlung.

Foto: Sebastian Martin / infranken.de

GERECHTIGKEIT

Proteste in Düsseldorf: Angehende PsychotherapeutInnen kämpfen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse

PiA – PsychologInnen in Ausbeutung

Von Arbeitslöhnen von 1,50 Euro pro Stunde bis zu Beschneidungen der ArbeitnehmerInnenrechte – wer PsychotherapeutIn werden will, muss während

der Ausbildung einiges hinnehmen. Damit sich das in Zukunft ändert, protestierten in zahlreichen deutschen Städten PsychologInnen in Ausbildung

(kurz PiA) gemeinsam mit Studierenden – auch in Düsseldorf. :Die Redaktion

➔ MEHR AUF SEITE 3

STUDIENDENPARLAMENT

Vorbereitungen für StuPa-Wahl laufen: Reicht die KandidatInnenlisten ein! Meldet Euch als WahlhelferInnen!

ParlamentarierInnen gesucht!

Die Vorbereitungen für die nächste Wahl zum Parlament der Studierenden (auch StuPa oder SP genannt) gehen in die heiße Phase! Alle Termine sind gesetzt: Listen (die „Parteien“ in der Hochschulpolitik) oder listenlose KandidatInnen, die im StuPa mitbestimmen wollen, müssen ihre KandidatInnenlisten mit den Unterschriften von 43 UnterstützerInnen bis zum 20. November abgegeben haben. Bis zum 4. Dezember kann man sich noch als WahlhelferIn bewerben. Die Wahl selbst findet in der Woche vom 8. bis zum 12. Dezember statt.

schiedlichen Fakultätsgebäuden bis hin zur Sportler-Lounge auf dem Gesundheitscampus wollen besetzt werden. Schließlich muss man sicherstellen, dass jedeR nur ein Kreuz macht. Und nach der Wahlwoche gehören die Stimmzettel ausgezählt. Wer daran Interesse hat, bewirbt sich bis zum 4. Dezember im AstA-Sekretariat (Studierendenhaus Raum 008). Der Urnendienst wird mit 8,62 Euro die Stunde und die Auszahlung pauschal mit 60 Euro vergütet. Die Teilnahme an einer Schulung am 4. Dezember ist verpflichtend.

Mitmischen hart erwünscht!

Das Ganze macht natürlich nur Sinn, wenn es jemanden gibt, der gewählt werden kann. Wer sich in die Hochschulpolitik einmischen und

die Belange der Studierendenschaft mitgestalten will, reicht am 20. November, 12 Uhr, in den :bsz-Redaktionsräumen (SH 0/081, hinterm KulturCafé) oder vorher im AstA-Sekretariat die Wahlvorschläge ein. Die KandidatInnenliste (die auch aus einer Einzelperson bestehen kann), muss von 43 Wahlberechtigten, also eingeschriebenen Studierenden, unterzeichnet worden sein. Zusätzlich muss eine schriftliche Einverständniserklärung jedes Kandidaten und jeder Kandidatin vorliegen.

Die offizielle Wahlbekanntmachung und alle wichtigen Infos findet Ihr auf: www.stupa-bochum.de/wahlausschuss

:Die Redaktion

DIE :bsz-GLOSSE Auf den Punkt

Zusatzprotokoll: Beliebtes Mittel der Internationalen Politik, um Verträge umzudeuten. Sollen Abkommen oder UN-Resolutionen nicht nach dem Wortlaut gelten, verabschiedet eine Seite ein geheimes Zusatzprotokoll, wie der Vertrag zu interpretieren sei. Wer politisch am längeren Hebel sitzt, kann das auch gegenüber anderen als einzig gültige Interpretation durchdrücken. Da können andere Parteien noch so sehr protestieren. Am Ende wirft man gar ihnen Vertragsbruch vor, weil sie sich dem Original entsprechend und nicht nach Zusatzprotokoll verhalten. Soviel zur Theorie. Nun stelle man sich vor: Obwohl die Anwesenheitspflicht per Gesetz abgeschafft ist, beharren DozentInnen weiter darauf, sie einzuhalten. Sie berufen sich auf das Kriterium „aktive Mitarbeit“, die bei mehr als einem Drittel verpasster Termine unmöglich sei. Klingt vertraut? Eine einseitige Interpretation, die dem Gesetzestext zuwiderläuft, wird als gültige Version verkauft? Das lässt nur einen Schluss zu: Es muss ein geheimes Zusatzprotokoll geben.

:joop

BESUCH UNS IM NETZ

Alle Artikel und mehr unter:
www.bszone.de
www.facebook.de/bszbochum

Etwas für die Demokratie tun und dabei Geld verdienen? Die neun Urnen in den unter-

FACHSCHAFT GESCHICHTE

RUB-Campus uncooler Unort? Fachschaftsrat Geschichte ohne Party-Location

Keine (Nicht-)Hutparty – nirgends

Der Sektempfang des Autonomen Schwulenreferats der Ruhr-Uni ist nicht das einzige Traditionsevent, das in diesem Semester den verschärften Party-Regelungen im KulturCafé zum Opfer fällt: Auch der Fachschaftsrat (FSR) Geschichte hat seine traditionelle „Hutparty“ fürs Wintersemester abgeblasen und unter anderem auf Facebook eine „Nicht-Hutparty“ ausgerufen. Geht die Party-Kultur auf dem RUB-Campus bald komplett den Bach runter?

Anders als beim „Schwulen Sektempfang“, der im Wintersemester laut der aktuellen Programm-Publikation des Autonomen Schwulenreferats unter anderem „bürokratischer Willkür“ zum Opfer gefallen sei (siehe :bsz 1019), habe es mit der Raum- und Terminfindung für die traditionelle „Hutparty“ wie „in den vergangenen Jahren“ keine Probleme gegeben, sagt der FSR Geschichte in einer der :bsz vorliegenden Stellungnahme. In diesem Fall war es der Fachschaftsrat selbst, der bereits auf seiner Sitzung am 15. Juli 2014 einstimmig beschloss, „von einer zukünftigen Nutzung des

KuCafs für die Hutparty abzusehen“.

Brandschutz als Party-Killer

„Den Hintergrund für diese Entscheidung lieferte die Bekanntmachung des Ergebnisses einer Brandschutz-Begehung“, so heißt es in der Stellungnahme weiter. „Aufgrund fehlender Fluchtwege und Notausgänge“ seien das KulturCafé (KuCaf) samt angeschlossenem AusländerInnenzentrum (AZ) „strenggenommen nicht für Partys unserer Größenordnung zulässig“. Demnach könnten Veranstaltungen mit mehr als 198 Personen bei strikter Regelauslegung nicht mehr dort stattfinden. „Die Erfahrung zeigt seit Jahren, dass wir diese Zahl mehr als deutlich überschreiten“, stellt der FSR fest.

„Moralisches Risiko“

Seitens des AStA sei jedoch „mehrfach mündlich versichert“ worden, „dass die neuen Brandschutzvorschriften keine weiteren Konsequenzen für größere Fachschaftspartys nach sich ziehen“ und „lediglich kleinere Fachschaftspartys, die bisher ausschließlich im AZ stattgefunden haben, von nun an untersagt“ würden.

Informell werde eine größere Personenzahl bei Partys weiterhin geduldet und nach Aussage des AStA sei in einem hypothetischen Schadensfall nicht der Fachschaftsrat selber, sondern der AStA und der Geschäftsführer des KuCafs haftbar. Es gelang dem AStA jedoch nicht, den FSR Geschichte umzustimmen. Dieser sei laut eigener Angaben nicht bereit, das „moralische“ Risiko zu tragen. Dennoch betrachten die HistorikerInnen KuCaf-Partys insgesamt nicht als gefährdet: „Kleinere Partys von maximal 198 Leuten können ja laut der neuen Brandschutzvorschriften bedenkenlos durchgeführt werden.“ Zudem sei die Möglichkeit eines Umbaus signalisiert worden, um den Vorschriften auch für größere Partys wieder vollauf gerecht zu werden.

Keine Party-Auslagerung

Gegen eine Verlegung seiner Hutparty in einen campusfernen Club habe sich der FSR Geschichte bewusst entschieden und „die Angebote ausgeschlagen, weil wir einen Campus ohne Partymöglichkeiten für eine schreckliche Vorstellung halten“: „Die Uni wird jenseits des Lehrbetriebs völlig unattraktiv“ – „eine tech-

Lehrbuchtexte, die keiner versteht? Sprüche Eurer DozentInnen, die im Hörsaal für Lacher gesorgt haben? Wir veröffentlichen ab sofort an dieser Stelle Eure Fundstücke aus Seminaren, Aufsätzen oder Lehrbüchern!

Schickt Eure Funde an redaktion@bszonline.de!



„Ein Ende der Völkerwanderungszeit im Sinne eines Migrationsstopps gibt es nicht. Das ist eine Erfindung westeuropäischer Politiker, die gerne im Mittelmeer Schiffeversenken spielen.“ — Prof. Ebel (Archäologische Wissenschaften)

Zitat eingereicht von Julius Kötter

noide Lernfabrik am Rande der Stadt“, warnen die Historiker. Eine Nicht-Hutparty etwa auf der grünen Wiese vor den G-Gebäuden wäre aus Sicht des FSR auch keine Alternative: „Wir haben kein Interesse an kurzfristigen Aktionen“, heißt es in der Stellungnahme. „Vielmehr wollen wir mit dem AStA, boskopp und weiteren Fachschaftsräten intensiv zusammenarbeiten, um dauerhaft neue Möglichkeiten auf dem Campus zu schaffen, die besonders für Fachschaftsräte tragfähig sind.“

:Ulrich Schröder



AKRONYMICON

:bsz knackt den Gremiencode

V: StuPa

Alle Jahre wieder wird der Campus mit Wahlplakaten zugestrichelt und die hochschulpolitischen Listen werben um Eure Stimme, um ins Studierendenparlament, kurz StuPa, einzuziehen zu können. Doch was geht bei den Sitzungen vor sich, wenn die ParlamentarierInnen erst einmal im Amt sind? Im Zuge unserer Gremien-Reihe haben wir das StuPa mal genauer unter die Lupe genommen.

35 Sitze warten bei der nächsten Wahl im Dezember darauf, mit ParlamentarierInnen besetzt zu werden. Dabei entscheidet Ihr, welche der verschiedenen hochschulpolitischen Listen ins Parlament einzuziehen werden – und damit indirekt auch, welche Listen den nächsten AStA bilden werden, denn dieser wird vom StuPa gewählt und im weiteren Verlauf des Amtsjahres kontrolliert.

„Theoretisch könnte ich bei jeder AStA-Sitzung dabei sein und Einsicht in alle AStA-Akten haben“, verrät Felix Pascal Joswig, aktueller Sprecher des StuPa. Da der Tag aber auch für den Medizinstudenten nur 24 Stunden hat und für eine umfassende Kontrolle der AStA-Arbeit unter rechtlichen Aspekten die Zeit fehlt, beschränkt er sich auf



Schaut dem AStA über die Schulter.
StuPa-Sprecher Felix Pascal Joswig.

Foto: Björn Jadzinski

stichprobenartige Überprüfungen. Dennoch seien diese für die StuPa-Arbeit wichtig, schließlich könne das StuPa entscheiden, wie das Geld der Studierendenschaft verwendet werde. Verwaltet werden diese Geldmittel zwar vom AStA, doch dieser muss seine Haushaltsplanung zunächst dem Parlament vorlegen. Die ParlamentarierInnen können

Der AStA verteilt Euer Geld – das StuPa entscheidet darüber

Die gewählte Vertretung der Studierenden

dann Änderungen an der Finanzplanung des AStA beantragen.

Parlamentssitzung in der Cafete

Wer genauer wissen möchte, wofür das Geld der Studierendenschaft verwendet wird, kann zu den öffentlichen Sitzungen kommen. Diese finden in unregelmäßigen Abständen statt, üblicherweise jedoch einmal im Monat. Da für die StuPa-Sitzungen kein fester Raum zur Verfügung steht, kann es auch vorkommen, dass beispielsweise in der GB-Cafeteria getagt wird. Sitzungen können entweder vom AStA oder von dem/der SprecherIn des Parlaments einberufen werden. Ein dritter Grund, eine Sitzung einzuberufen, ist gegeben, wenn mindestens fünf Parlamentsmitglieder gemeinsam einen Antrag stellen. Auf der Tagesordnung für die nächsten Sitzungen stehen der Nachtragshaushalt des AStA sowie der umstrittene geplante Vertrag mit einem Carsharing-Anbieter. „Ein Studierendenparlament hat den Vorteil, dass es direkt Beschlüsse fassen kann, die dann umgesetzt werden müssen“, erklärt Felix Pascal Joswig, der jedoch auch auf das Mittel der Urabstimmungen hinweist. „Es ist schön, dass es so häufig Urabstimmungen

gibt, aber da das nicht immer geht, fasst das StuPa als gewählte Vertretung der Studierendenschaft die Beschlüsse.“

Der Bundestagspräsident der Ruhr-Uni

Als Sprecher des StuPa hat Felix Pascal Joswig die Aufgabe, dessen Sitzungen vorzubereiten und zu leiten. Somit lässt sich seine Arbeit mit der von Bundestagspräsident Norbert Lammert vergleichen. „Deshalb ist es auch nicht meine Aufgabe, dem AStA politische Richtlinien vorzugeben.“ Denn schließlich habe auch Norbert Lammert in seiner Rolle als Präsident des Deutschen Bundestags die Hauptaufgabe, die Sitzungen im Bundestag zu moderieren. „Das politische Tagesgeschäft übernehmen andere.“

:Birthe Kolb



INFOBOX

In der Reihe „Das Akronymicon“ deckt die :bsz gnadenlos auf, welche Gremien sich hinter obskuren Abkürzungen verbergen, wie viel Macht sie besitzen und was sie vorhaben. In der nächsten Ausgabe (:bsz 1021) entschließen wir: Hochschulpolitische Listen

GESELLSCHAFT

Von der unsichtbaren großen Minderheit: Eine kleine Geschichte der PolInnen im Ruhrgebiet

Warum der Ruhrpottkommissar Schimanski heißen musste

Vom Ruhrgebiet heißt es immer wieder, hier gäbe es mehr PolInnen als anderswo in Deutschland. Das hätte sich sogar in unserer hiesigen Mundart, dem Ruhrdeutschen niedergeschlagen. Auf jeden Fall aber gäbe es hier so viele Kowalskis, Schimanskis und andere -skis wie sonst nirgends. Was ist dran an den „Ruhrpolen“?

Die amtliche Statistik für das Rheinland verzeichnet für das Jahr 1861 lediglich 16 polnische EinwohnerInnen. Nur ein halbes Jahrhundert später gab es im Ruhrgebiet (das ja teils im Rheinland, teils in Westfalen liegt) fast eine halbe Million polnischsprachige Menschen. Grund für diese rasante Entwicklung war natürlich die enorm schnell wachsende Kohle- und Stahlindustrie im Pott, die Menschen aus dem ganzen Reich in die Region lockte, nicht nur PolInnen. Doch da stellt sich auch schon ein wesentliches Problem: Wer ist überhaupt ein Pole oder eine Polin?

Von der genannten halben Million fühlten sich rund 160.000 gar nicht polnisch, obwohl sie die polnische Sprache sprachen. Im 19. Jahrhundert gab es keinen polnischen Staat; Preußen, Russland und Österreich hatten das Gebiet

unter sich aufgeteilt. Masuren (im heutigen Nordosten Polens) war schon länger preußisch. Die MasurInnen also sahen sich als PreußInnen – nicht zuletzt, weil sie, anders als etwa die SchlesierInnen und PosenerInnen, evangelisch waren. Im Ruhrgebiet wurden sie – für sie wohl ziemlich schockierend – oft als „Polacken“ beschimpft.

Deutsche, die kein Deutsch können?

Die Ur-RuhrgebietlerInnen (wobei der Begriff „Ruhrgebiet“ selbst erst nach dem Ersten Weltkrieg bekannt wurde) und auch die anderen deutschen Zugezogenen warfen „die aus dem Osten“ in einen Topf und diskriminierten sie oft harsch. Und das, obwohl sie in vielen Zechen, etwa bei Prosper in Bottrop, mehr als die Hälfte der Belegschaft unter Tage ausmachten. Doch Aufstiegschancen waren schlecht ohne Deutschkenntnisse. Deshalb blieben den ZuwandererInnen nur zwei Optionen: Unter sich bleiben oder assimilieren. Aus diesem Grund hat die ruhrdeut-

sche Mundart gar nicht so viele polnische Einflüsse: Wie die Menschen, so blieben die Sprachen voneinander getrennt oder die eine ging in der anderen auf; zu Durchmischung kam es selten.

Polnisches Vereinsleben – mitten im Ruhrpott

Vor dem Ersten Weltkrieg entstanden unzählige polnische Vereine: Chöre, Sportvereine, Kirchengemeinden, Heimatvereine und viele mehr. Auch polnische Zeitungen gab es. Neben Bottrop und Gelsenkirchen waren Herne und Bochum wichtige Zentren polnischer Aktivitäten. Die Gegend um die heutige Straße *Am Kortländer* in Bochum wurde früher *Klein Warschau* genannt. Hier hatten die regionalen Funktio-

närInnen ihren Sitz. Noch heute sieht man an einer Hauswand den Schriftzug der früher dort ansässigen *Bank Robotników*, der Arbeiterbank. Auch die Polengewerkschaft war dort angesiedelt.

Obwohl sie kaum Prestige hatten und sich entweder abkapselten – bzw. abkapseln mussten – oder angepasst haben, prägten PolInnen das Ruhrgebiet entscheidend mit. Unbemerkt, unsichtbar – bis auf das -ski im Nachnamen.

Nach dem Ersten Weltkrieg kehrten viele PolInnen aus Deutschland in den neugegründeten polnischen Staat zurück. Erst Flüchtlinge und SpätaussiedlerInnen bildeten nach dem Zweiten Weltkrieg neue Zuwanderungswellen aus unserem östlichen Nachbarland.

:Marek Firlej



Mehr zu den Verstrickungen zwischen polnischer und deutscher Sprache und Nationalität – die nämlich nur selten eindeutig zu klären war – kann man in Peter Oliver Loews Buch „Wir Unsichtbaren“ nachlesen: Von mittelalterlichen Prinzessinnen bis zu den heutigen SaisonarbeiterInnen auf dem Erdbeerfeld deckt der Autor auf, warum PolInnen zwar immer in Deutschland existent, aber selten sichtbar waren.

Loew, Peter Oliver: Wir Unsichtbaren – Geschichte der Polen in Deutschland 2014, 336 Seiten, C.H.Beck Paperback, 18,95 Euro

GERECHTIGKEIT

PiA-Protest: PsychologInnen in Ausbeutung für bessere Bedingungen

(Alb-)Traumjob TherapeutIn

Habt Ihr schonmal für 1,50 Euro die Stunde gearbeitet? Wenn nicht, würdet Ihr es denn tun? Vermutlich nicht. Zahlreiche PsychologInnen müssen das trotz abgeschlossenem Studium tagtäglich. Nebenher finanzieren sie die Weiterbildung zum/zur TherapeutIn aus eigener Tasche. Klingt unmöglich? Ist es beinahe auch. Darauf machte der bundesweite Protest angehender PsychotherapeutInnen Dienstag vergangener Woche aufmerksam.

Der Weg zum/zur TherapeutIn ist beschwerlich. Nicht nur für PatientInnen, auch für ihr Gegenüber. Wer therapieren möchte, muss enorm viel Zeit, Geld und Belastungsfähigkeit in seine Ausbildung stecken. Meistens so viel, dass frisch gebackene PsychotherapeutInnen statt mit unbändiger Energie eher mit einem Berg von Schulden in den Beruf starten.

Alles begann mit dem 1998 verabschiedeten Psychotherapeutengesetz, demzufolge nur entsprechend ausgebildete PsychotherapeutInnen therapieren dürfen. Dazu müssen sie nach einem Abschluss in Psychologie – damals noch Diplom – eine dreijährige Ausbildung absolvieren, die sich aus theoretischen und praktischen Anteilen zusammensetzt. Erst nach dem Examen dürfen sie als staatlich anerkannte (appro-

bierte) TherapeutInnen psychische Erkrankungen behandeln.

Jahre der Ausbeutung

Die Ausbildungsbedingungen jedoch sind oft miserabel. Während der Praxisphase arbeiten PiAs (PsychologInnen in Ausbildung) in Kliniken und therapieren unter Supervision eigenständig psychisch kranke Menschen. Dabei müssen einige auf ArbeitnehmerInnenrechte verzichten und sich mit gar keiner oder einer schlechteren Vergütung zufrieden geben als PraktikantInnen – nach einem abgeschlossenem Hochschulstudium und während einer Ausbildung, deren immense Kosten von durchschnittlich 30-40.000 Euro sie selbst übernehmen müssen. Viele PiAs machen diese daher in Teilzeit und arbeiten nebenher, um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Das verlängert ihren harten Weg zur Approbation in der Regel um zwei Jahre und stellt eine extreme Belastung dar. Nicht die besten Voraussetzungen, um sich auf die Behandlung von Menschen einzulassen.

Bundesweiter Protest

Das meinen auch viele Studierende der Psychologie. Sie riefen dazu auf, am 4. November in ganz Deutschland auf die Straßen zu gehen, um auf die prekären Ausbildungsbedingungen auf-



Schluss mit Ausbeutung: In ganz Deutschland demonstrierten PsychologInnen in Ausbildung und Studierende für bessere Bedingungen.

Foto: Sebastian Martin / infranken.de

merksam zu machen. Auch in der Düsseldorfer Innenstadt wurde gegen die Missstände protestiert. „Die Passanten haben sich mehr als erwartet interessiert. Sie haben unsere Situation gut verstanden“, berichtet Luisa Machalz, eine der OrganisatorInnen: „Viele wollten sogar weiterhin informiert werden.“

Seit Jahren fordern PiAs und PsychologiestudentInnen immer wieder die Reform des Psychotherapeutengesetzes. Diese ist spätestens seit dem Wirken des Bologna-Prozesses fällig: Obwohl es die Master-Abschlüsse sind, die dem ehemaligen Diplom entsprechen, sind sie noch nicht als erforderliches Eintrittsniveau für die Ausbildung festgelegt. Darüber hinaus gibt es keinen Tarifvertrag, der die Bezahlung

in der Praxisphase einheitlich regelt, und von ArbeitnehmerInnenrechten können die PiAs meistens nur träumen. Diese Punkte trug eine Gruppe engagierter PsychologInnen vor einigen Tagen im Landtag NRW vor – noch ohne konkretes Feedback, aber weitere Gespräche sind in Planung. Die Studierenden lassen sich nicht entmutigen: Sie engagieren sich weiter gegen die abschreckenden Bedingungen, denn sie sehen es nicht ein, ihren Berufswunsch deretwegen aufzugeben. Das ist auch gut so, denn es herrscht bereits jetzt eine Unterversorgung an psychotherapeutischen Angeboten – die Wartezeit für einen ambulanten Therapieplatz beträgt im Schnitt bis zu sechs Monate.

:Melinda Baranyai

INTERVIEW

Die siebthäufigste Erkrankung weltweit – Diabetes Mellitus Zellenschlüssel Insulin

Der 14. November wurde von den Vereinten Nationen (UN) als Welt-Diabetes-Tag ausgewählt, um über eine der am häufigsten auftretenden Erkrankungen aufzuklären. Wir haben mit dem Diabetologen Dr. med. Wolfried Meier und der Internistin Dr. med. Kirsten Kampmann des Katholischen Universitätsklinikums der Ruhr-Universität (UK RUB) gesprochen.

:bsz Was bedeutet Diabetes eigentlich?

Dr. Kirsten Kampmann: „Diabetes Mellitus“ bedeutet „Zuckersüßer Durchfluss“. Es handelt sich dabei um eine Erhöhung des Zuckers im Urin. Verursacht wird diese durch einen erhöhten Blutzucker, der durch einen absoluten oder einen relativen Mangel an Insulin beziehungsweise eine Insulinresistenz entstehen kann. Insulin erfüllt die Funktion eines Schlüssels, der die Zellen öffnet, um den benötigten Zucker aufzunehmen.

Wieso ist Diabetes nicht zu vernachlässigen?

Dr. Wolfried Meier: Die Schäden, die im Laufe unbestimmter Zeit auftreten, können erheblich sein, weil sehr viele Organe vom Insulinmangel betroffen sind. Zum Beispiel können Patienten erblinden oder vom diabetischen Fuß betroffen sein. Es kann sogar passieren, dass den Patienten eine Schädigung des Fußes zuerst nicht auffällt.

Dr. K. Kampmann: Die meisten Amputationen, Erblindungen, Dialysen entstehen

durch Diabetes. Eine gute Einstellung zögert diese Schäden von beispielsweise Herz, Nieren, Augen und Gefäßen hinaus oder sorgt dafür, dass diese im besten Fall gar nicht auftreten. Diabetes kann allerdings auch zu akuten Komplikationen führen, wie z. B. einer Übersäuerung des Körpers, welche dann lebensbedrohlich sind. Daher muss man den Diabetes behandeln: sowohl in der akuten Situation als auch dauerhaft, um die Schäden zu verhindern.

Gibt es unterschiedliche Arten von Diabetes?

Dr. K. Kampmann: Es werden vier Typen von Diabetes unterschieden:

Der Typ-1-Diabetes wird häufig als „jugendlicher Diabetes“ bezeichnet, was so nicht stimmt, da er auch in höheren Lebensjahren auftreten kann. Es ist ein Diabetes, der durch Autoimmunprozesse hervorgerufen wird und gekennzeichnet ist vom vollständigen Insulinmangel. Die Zellen der Bauchspeicheldrüse, die Insulin produzieren, gehen durch diese Autoimmunprozesse zugrunde. Der Auslöser ist im Detail noch nicht bekannt, allerdings gibt es viele Theorien, wodurch diese Reaktion entsteht.

Den Typ-2-Diabetes kennt man als „Altersdiabetes“ und auch das stimmt so nicht mehr. Bei dieser Ausprägung handelt es sich um die Kombination eines Insulinmangels und einer Insulinresistenz. Unter diesen Diabetikern gibt es viele mit Übergewicht, allerdings lässt sich von einer Adipositas nicht auf einen Diabetes schließen. In der Summe aller Übergewichtigen sind nur circa zehn



Das St. Josef-Hospital in Bochum.

Foto/Bearbeitung: Alexander Schneider

Prozent von diesen Diabetiker.

Dr. W. Meier: Der Schuldbegriff ist bei Diabetes völlig falsch. Typ-2-Diabetes ist sehr häufig genetisch bedingt.

Dr. K. Kampmann: Als eine Art Überschrift könnte man den Typ-3 bezeichnen, da er viele Typen zusammenfasst. Diese Bezeichnung wird dann verwendet, wenn zum Beispiel die Bauchspeicheldrüse entfernt werden musste, wenn der Diabetes durch eine Hormonumstellung oder Medikamente verursacht wurde; also diejenigen Arten, die nicht in die anderen Kategorien fallen.

Der Diabetes, welcher während einer Schwangerschaft diagnostiziert wird, gilt als Typ-4-Diabetes und verschwindet meist (es

gibt Ausnahmen) nach der Geburt. Im Laufe des Lebens tritt dieser häufig wieder als Typ-2 Diabetes auf.

Was können Betroffene wirksam gegen ihre Diabeteserkrankung unternehmen?

Dr. W. Meier: Zum Arzt gehen. Es fängt damit an, dass man den Blutzucker kontrollieren lässt, wenn jemand in der Vorgeschichte der Familie Diabetes hatte.

Dr. K. Kampmann: Auf ausreichend Bewegung und Ernährung achten, sich durchchecken und die Therapie anpassen lassen, damit immer die beste Blutzuckereinstellung erreicht werden kann. Es ist menschlich und verständlich, dass man auch mal keine Lust mehr darauf hat, aber das ist es, was tunlichst vermieden werden sollte. Ein Normalgewicht

bietet die bessere Basis und hat viele weitere Vorteile.

Was ist Ihnen persönlich wichtig, wenn es um Diabetes geht?

Dr. W. Meier: Man muss sich in das persönliche Leben eines jeden hineinfinden. Als was jemand arbeitet und was dieser außerhalb der Arbeitszeit macht ist wichtig. Darauf wird die Therapie abgestimmt. Es ist nicht mehr so, dass den Patienten das Leben und die Ernährung vorgegeben werden. Heutzutage richten wir uns mehr nach ihnen.

Vielen Dank für das Gespräch!

:Alexander Schneider

VERANSTALTUNG

Von AramäerInnen, Islamismus und Koransuren Kontroverse Islamkritik an der RUB

Mittwoch vergangener Woche fand im HZO eine vielversprechende Veranstaltung zur Situation der christlichen Minderheit im Irak und in Syrien statt. Allerdings entwickelte sich im Laufe des Abends vor allem eine Grundsatzdiskussion über den Islam und Kritik an jenem.

Mehr als 40 Interessierte hatten sich im Hörsaal eingefunden. Zunächst referierte Lukas Saliba von der Jungen Aramäischen Union (JAU) und stellte das aramäische Volk vor, welches die deutliche Mehrheit der ChristInnen in jenen Ländern stellt. Dabei wurde sowohl die historische Bedeutung der AramäerInnen thematisiert, wie auch ihre bis heute starke Zersplitterung in geographischer, sprachlicher und kirchlicher Hinsicht.

Danach trat als Hauptrednerin die aramäisch-deutsche Ordensschwester Hatune Dogan auf. Seit über 20 Jahren leistet Dogan mit ihrer „Schwester Hatune Stiftung“ internationale humanitäre Hilfe – inzwischen in 16 Ländern. 2010 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz. Im Moment kümmert sich Dogan persönlich um irakische und syrische Flüchtlinge in der Krisenregion, unabhängig davon, welcher Religion jene angehören. Der Vortrag an der RUB war terminlich zwischen ihrer Rückkehr von dort und einer neuen Reise dorthin gelegen.

Emotional stark durch das erfahrene Grauen geprägt, schilderte Hatune Dogan nur am Rande ihr humanitäres Engagement und legte den Schwerpunkt ihrer Ausführungen auf Verbrechen der Islamisten – samt deren Wurzeln und (ver-



Mutig, wohltätig und kontrovers – Hatune Dogan.

Foto: Patrick Henkelmann

meintlicher) Kontinuität im Islam. Den Koran bezeichnete sie mit Bezug auf bestimmte Suren als „Quelle der Qual“. Der von Teilen des Publikums später geäußerte Unmut über Richtung und Stil des Vortrags ging schließlich in eine längere Diskussion zur Bewertung des Islam über.

Das Publikum war dabei gemischt aufgestellt: Von einer Gruppe arabischer Männer, die Dogans Standpunkt berechtigterweise als einseitig kritisierten, bis

zu Islamkritikern, die voll dahinter standen. Trotz der sehr gegensätzlichen Positionen verlief die Diskussion höflich und produktiv. Und auch wenn inhaltlich ein anderer Verlauf des Abends angedacht war, so wurde doch eine vorbildliche Streitkultur mit Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt gelebt – an der es heutzutage leider immer mehr mangelt.

:Gastautor Patrick Henkelmann

INTERVIEW

California-Punk-Rock – nicht am Strand, sondern im Sauerland

Jeff, ich heiße Jeff!

Manchen von uns wird der Satz „Jeff, ich heiße Jeff“ bekannt vorkommen. Eine Partnervermittlungsbörse benutzt diesen Satz in einem Werbespot, der vor allem spätabends ausgestrahlt wird. Wie der Zufall es will, heißt unser Kommilitone aus der Archäologie und Geschichtswissenschaft auch so. Jeff König ist im zweiten Semester und geht mit seiner Band **FA!L** in diesem Jahr auf seine erste Tour.

FA!L ist eine vierköpfige California Punkrock Band aus Iserlohn. Im Frühling 2011 entschied sich Jeff, der seit elf Jahren Bass spielt, mit seinem Kumpel und Gitarristen M (Mariusz) eine Band zu gründen. Kurz darauf hat sich Drummerin Sylli entschieden, bei den beiden mitzumachen. Sie kannte M bereits aus einer anderen Band, in der sie zusammengearbeitet haben. 2013 schloss sich Rhythmusgitarrist Charlie an. Im März 2012 wurde die EP „EPic“ veröffentlicht und im Oktober desselben Jahres entstand das Musikvideo zu „You're Not My Boss“. FA!Ls erstes Album „Don't Give A Fuck!“ erschien im Mai 2013 und wird seit Juli 2013 international im Radio gespielt. Der melodische, energische Klang und die Mischung aus Skate-Punk und anderen artverwandten Musikrichtungen sorgen dafür, dass die Songs leicht ins Ohr gehen. Dieser Mix führt genau

dazu, dass das Publikum zum Mitmachen animiert wird.

Sieben Fragen, sieben Antworten

:bsz Hallo FA!L, warum eigentlich FA!L, Ihr scheint doch erfolgreich zu sein?

FA!L: Das passt einfach zu uns. Man könnte da natürlich gesellschaftskritisch argumentieren, aber eigentlich machen wir nur herzlich gerne Blödsinn.

Wie lange spielt Ihr Eure Instrumente?

Die meisten von uns haben mit Spielen erst so mit 14 oder 15 Jahren begonnen. Charlie ist aber auch der einzige von uns, der eine Musikausbildung hat.

Was sind Eure Einflüsse? Woher nehmt Ihr Ideen für neue Songs?

Unsere Musikrichtung ist aus verschiedenen Punkrockarten entstanden. Wir spielen kalifornischen Skate-Punk, den wir mit Einflüssen aus anderen Musikbereichen ausschmücken. Die Ideen für unsere Songs nehmen wir oft aus unserem Leben, wir haben viele tolle Momente, aber auch einige traurige, wie bei jedem von uns. Diese Gefühle wandeln wir in Songtexte um.

SPIELE

Kurze Ballerei: Nach fünf Stunden ist alles vorbei.

Fortschrittliche Kriegsführung?

Seit der vergangenen Woche können ZockerInnen das neue „Call of Duty“ spielen, welches mit dem Untertitel „Advanced Warfare“ daherkommt. Doch wer neben einer „fortschrittlichen Kriegsführung“ eine abwechslungsreiche Geschichte und spannende Missionen erwartet, wird abermals bitter enttäuscht sein. Auch das neue „Call of Duty“ erfindet das Rad nicht neu. Interessant sind lediglich die kurzweiligen Auftritte von Oscar-Preisträger Kevin Spacey, der als digitalisiertes Alter Ego den Chef eines global operierenden Sicherheitskonzerns mimt.

Recht schnell drängt sich die Frage auf, ob die EntwicklerInnen mit dem hochkarätigen Hollywood-Schauspieler über das hinwegtäuschen wollen, was „Call of Duty – Advanced Warfare“ eigentlich ist – ein kurzweiliger Ballerspaß von fünf Stunden, für den man je nach Plattform zwischen sechzig und siebzig Euro hinblättern darf. Als aufgerüsteter Ex-Marine kämpft man sich in einer dystopisch anmutenden Zukunft durch schlauchartige Levels und schießt dabei alles über den Haufen, was einem vor die Flinte kommt. Zeitlupen und eine gehörige Portion Pathos dürfen in diesem Potpourri der Zerstörungswut ebenso wenig fehlen wie die Dialoge,

die auch aus der Feder eines Michael Bay hätten stammen können.

Auch technisch lässt der neuste Teil der Reihe zu wünschen übrig. Optisch macht das Spiel zwar einen guten Eindruck, kann aber nicht mit der Bildgewalt und dem Umfang eines zwölf Monate älteren „Battlefield 4“ mithalten. Lediglich die technischen Gimmicks, mit denen die virtuellen Soldaten hantieren, entfachen kurzweilige Begeisterung – leider verschwindet diese genauso schnell, wie sie gekommen ist.

Ebenso kurzweilig ist die Freude, die einem das schnöde Geballere bereitet. Letztlich möchte man die vorhersehbaren und lästigen Passagen, in denen man tatsächlich zum Controller oder zu Maus und Tastatur greifen muss, nur schnell hinter sich bringen. Schließlich wird man im Anschluss immer wieder mit aufwendigen Zwischensequenzen belohnt, die wohl der Hauptgrund sind, warum man das neue „Call of Duty“ – wenn überhaupt – spielen sollte.

Wer Kevin Spacey sehen möchte, sollte lieber „House of Cards“ schauen.

Diese Rezension bezieht sich nur auf die Kampagne des Spiels und nicht auf den Multiplayer.

:Christian Kriegel



Skate-Punk made in Sauerland: Die Band FA!L geht auf Tour.

Foto: FA!L

Was war Euer schönster Moment?

Es gibt viele gute Momente, die wir erlebt haben – zum Beispiel, als wir im April 2013 den Juso-Bandcontest in Iserlohn gewonnen haben und die Leute so abgingen, dass einem die Schuhsohle auf die Bühne geflogen ist. Eine Zeitung betitelte uns dann als „Eine Band, die einem die Schuhsohlen auszieht.“

Seid Ihr nervös vor Konzerten?

Nein, gar nicht. Wir haben Bock, auf die Bühne zu gehen und die Leute zu begeistern.

Wie kam es zu Eurer Tour?

Das war eine spontane Idee von unserem Tour-Manager Martin Zalewski von *Hell Yes Booking*. Er hat einen Werbespot von einer PartnerInnenbörse im Fernsehen gesehen und so kam es zu dem

Namen „Jeff, ich heiße Jeff“. Martin hat uns vorher schon öfter gebucht und fand uns so gut, dass er mit uns eine Tour machen wollte.

Was wünscht Ihr Euch für Eure Zukunft?

Größere Bühnen und noch mehr Spaß.

:Katharina Cygan

INFOBOX

„Jeff! Ich heiße Jeff!“ Tour 2014 – unter anderem in:

14.11. Oberhausen – Drucklufthaus
20.11. Düsseldorf – The Tube (mit Antillectual)

Weitere Informationen zur Band findet Ihr im Netz unter:
www.fail-band.de

FILM

Rezension: Wish I Was Here

Scrubs endlich vergessen machen!

Ziemlich genau zehn Jahre nach seinem gefeierten Debüt „Garden State“ kehrt Zach Braff als Regisseur und Drehbuchautor mit „Wish I Was Here“ auf die Kinoleinwände zurück und sucht sich dabei die großen Themen des Lebens aus: Die Frage nach dem Sinn des Lebens, der eigenen Identität, dem Umgang mit dem Tod und nach dem Glauben an Gott. Ist Braff als Regisseur ein One-Hit-Wunder oder schafft er auch hinter der Kamera den Durchbruch?

Aiden Bloom (Zach Braff) lebt mit seiner Frau Sarah und seinen beiden Kindern Grace und Tucker in Los Angeles und ist dabei nicht nur auf der Suche nach einem Job als Schauspieler, sondern auch nach der eigenen Identität. Er tingelt von Audition zu Audition, um endlich eine Rolle zu bekommen, doch scheitert dabei wieder und wieder. Sarah (Kate Hudson) arbeitet in einem Großraumbüro und muss damit die komplette Familie ernähren und sich mit lästigen KollegInnen herumärgern. Als dann auch noch Aidens Vater, der, Patriarch der jüdischen Familie an Krebs erkrankt, gerät das gesamte Gleichgewicht aus dem Ruder. Die jüdische Privatschule, auf welche die Kinder gehen, kann von Aidens Vater nicht mehr bezahlt werden, da dieses Geld jetzt

für die Krebsbehandlung gebraucht wird. Daraufhin beschließt Aiden, sein Leben in die Hand zu nehmen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren: Frieden schließen mit seinem Vater, seinem Bruder Noah und vor allem mit sich selbst, um ein besserer Vater zu werden. Die jüdische Gemeinde hilft ihm dabei.

Traumsequenzen wie in Scrubs

Auch wenn das Thema des erfolglosen Schauspielers kein wirklich neues ist, schafft es Braff durch seine humorvolle Art, an die ersten Episoden des Lebens mit einer gewissen Leichtigkeit heranzugehen. Die Traumsequenzen erinnern zwar an J.D. und „Scrubs“, doch will sich Braff von diesem Teil seines Lebens verabschieden. Auch wenn sein alter Weggefährte Turk eine Nebenrolle als Autoverkäufer bekam, soll „Wish I Was Here“ kein „Scrubs-Reloaded“ werden. Es ist eine Tragikomödie, die zwar weit weg vom Independent-Kino ist, wie es ursprünglich gedacht war; sehenswert ist der Film trotzdem – vor allem Joey King als Grace besticht in der Rolle der Tochter. Zach Braff kann insgesamt aber nicht an sein Regiedebüt anknüpfen und muss sich wohl erneut beweisen, um dem Ruf der Eintagsfliege zu entkommen.

:Tim Schwermer

KOMMENTAR

Neue UN-Kampagne will Staatenlosigkeit bekämpfen „Schlimmste Anomalie des 21. Jahrhunderts“



Ein Mensch, der staatenlos ist, existiert praktisch nicht – deshalb ist es verwunderlich, wenn die UNO in einem neuen Bericht zum Thema Staatenlosigkeit davon ausgeht, dass weltweit etwa zehn Millionen Menschen offiziell zu keinem Staat gehören; denn wie soll man jemanden, der nicht existiert, statistisch erfassen können? Eine neue Kampagne der UNO soll nun auf diese Problematik aufmerksam machen.

Flucht vor Hunger oder Krieg im Heimatland, politische Unterdrückung oder die plötzliche Auflösung eines Staates – es gibt viele Gründe, aufgrund derer ein Mensch plötzlich staatenlos werden kann. Während wir im bequemen Wohnzimmer unserer Wohlstandsgesellschaft schnell dazu neigen, Staa-

tenlosigkeit automatisch mit Flüchtlingsproblematiken zu verbinden und diese auf dem afrikanischen Kontinent oder im Nahen Osten verorten, wird gerne übersehen, dass auch im ach so fortschrittlichen Europa Menschen von Staatenlosigkeit bedroht sind.

Ein Leben als „NichtbürgerIn“

So existieren etwa im baltischen Raum russische Minderheiten, denen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 keine Pässe in den neu entstandenen baltischen Staaten ausgestellt wurden. Noch heute dürfen die „NichtbürgerInnen“, die etwa in Lettland tatsächlich offiziell so genannt werden, nicht an Wahlen teilnehmen oder im öffentlichen Dienst arbeiten – und gehören damit zu einer Menschenklasse, die man eigentlich im modernen Europa längst überwunden haben sollte.

Um auf das Problem der Staatenlo-

sigkeit aufmerksam zu machen, hat die UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees), das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, eine Kampagne mit dem Namen „I belong“ gestartet. In einem offenen Brief, der von so prominenten UnterstützerInnen wie dem südafrikanischen Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu unterzeichnet wurde, bezeichnet UNHCR-Kommissar Antonio Guterres das Phänomen der Staatenlosigkeit als „schlimmste Anomalie des 21. Jahrhunderts“. Bis 2024 will die UN die Staatenlosigkeit mittels eines Zehn-Punkte-Plans weltweit abschaffen.

Heiße Luft statt Heldentaten?

Ein tollkühner Plan – wenn man bedenkt, dass bereits seit 1961 ein „Abkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit“ existiert. Darin ist unter anderem festgelegt, dass keine Nation einer Bevölkerungsgruppe die Staatsbürgerschaft

aus rassistischen oder politischen Gründen aberkennen darf. Dennoch zeigt das genannte Beispiel der RussInnen in Lettland wie auch etwa das Beispiel der Rohingya, einer muslimischen Bevölkerungsgruppe in Myanmar, dass das Abkommen längst nicht überall umgesetzt worden ist. „Staatenlosigkeit abschaffen“ bleibt somit ähnlich wie „Welthunger bekämpfen“ oder „Weltfrieden schaffen“ ein vages Ziel, das in vollmundige Versprechen gekleidet wird, darunter aber eine nackte, unangenehme Wahrheit präsentiert: Je länger unliebsame Minderheiten in ihren Heimatstaaten unterdrückt werden, desto länger wird auch die Staatsbürgerschaft als Druckmittel genutzt werden – vor allem auf psychischer Ebene, denn wie muss es sich anfühlen, in seinem Heimatland ein „Nichtbürger“ zu sein?

:Birthe Kolb

KOMMENTAR

Pro: Scholl-Latour sollte die Ehrenprofessur entzogen werden Warum ihm keine Ehre gebührt!



Peter Scholl-Latour war ein mutiger junger Mann. Sein Onkel ist im KZ Sachsenhausen wegen seiner jüdischen Herkunft ermordet worden. 1944 schloss

er sich der französischen Partisanenarmee an, um gegen Nazideutschland zu kämpfen. Warum also lasse ich ihm nicht seine Ruhe? Im Herbst 2014 wollte die FDP-Fraktion in Bochum Scholl-Latour die Ehre zukommen lassen, eine Straße nach ihm zu benennen. Daraufhin beschäftigte ich mich näher mit ihm. Am Ende sah die FDP den Antrag als erledigt an – wohl auch aus der Angst, Applaus von ganz Rechts zu erhalten. Ich stieß dann auf die Ehrenprofessur Scholl-Latours an der Ruhr-Uni. Sein Wirken passt jedoch so gar nicht zu ihrem Motto „menschlich – weltoffen – leistungsstark“, denn Scholl-Latour verbreitete rassistische, verschwörungstheoretische und homophobe Thesen. Nur ein kleines Beispiel aus seinem Bestseller „Tod im Reisfeld“: „Die dunkelhäutigen Khmer-Mädchen mit dem leicht gelockten Haar unterschieden sich von ihren vietnamesischen Schwestern durch ein animalisches Naturell (...) diese kupferhäutigen Menschen mit den kaum geschlitzten Augen, die angeblich der polynesischen Rasse zuzuordnen waren, wurden als Moi, das heißt als Wilde bezeichnet...“

Er sprach allen Muslim*innen aufgrund einer angeblichen Rassenzugehö-

rigkeit ab, Demokrat*innen zu sein; sie bräuchten immer eine starke Führung. Neben seinen rassistischen Äußerungen, Klischees und großdeutschen Phantasien hat er sich offen der rechten Szene angenähert. So fungierte er als Kommentator, Interviewpartner und Aushängeschild der rechten Jungen Freiheit (JF), deren Ehrenträger er auch ist. Er trat selbst bei der rechtsradikalen österreichischen FPÖ sowie mehrmals beim rechten Verschwörungstheoretiker Jürgen Elsässer auf, wo er zum Beispiel mit Thilo Sarrazin und Eva Herman gegen die Homoehe und die multikulturelle Gesellschaft hetzte. Er verbreitete auch selbst Verschwörungstheorien: Mehrmals behauptete er, dass die Anschläge am 11. September so nicht stattgefunden hätten und die gesamte Medienlandschaft in der Bundesrepublik von vier bis fünf Personen kontrolliert würde. Wie er dann seine Thesen millionenfach unter die Leute bringen konnte, wird immer sein Geheimnis bleiben.

:Gastautor Karsten Finke

KOMMENTAR

Contra: Scholl-Latour sollte seine Ehrenprofessur behalten Bochumer. Franzose: Weltbürger!



Peter Scholl-Latour polarisiert. Es wird diskutiert, ihm die Ehrenprofessur abzuerkennen – auf Antrag der Grünen, ohne schriftliche Begründung

und (besonders geschmackvoll!) drei Monate nach seinem Tode. Klingt so absurd wie die geforderte Verbannung von Kant aus



Grüne Hochschulgruppe beantragt Aberkennung seiner Ehrenprofessur: Peter Scholl-Latour.
Foto: wikimedia commons

den Lehrplänen der HU Berlin im Sommer, weil er „Rassist war“. Die Argumente gegen Scholl-Latour werden die altbekannten sein: Er habe ein stereotypes Islambild verbreitet, sich bei Einzelfakten geirrt und sei ein Egomane gewesen. Über „frustrierte deutsche Orientalisten“, die ihm seine Aufgabenstärke missgönnten, konnte er nur schmunzeln (vgl. RUBENS 59). Er wollte keine akribische Faktenhuberei betreiben, sondern Menschen und Kulturen kennenlernen und von seinen Erfahrungen berichten. Diesem Anspruch ist er als Journalist und Bestsellerautor gerecht geworden. Grimme-Preis, Nannen-Preis und Bundesverdienstkreuz sprechen für sich. Besondere

Erwähnung soll auch sein Engagement für die deutsch-französische Aussöhnung nach Hitlers Krieg finden, für das er mit dem Sonderpreis *Deutsch-Französischer Kulturrrat* und der Aufnahme in die *Légion d'honneur* ausgezeichnet wurde.

Der überzeugte Europäer Scholl-Latour hat sich Zeit seines Lebens den Mund nicht verbieten lassen. „Political Correctness“ war vielleicht das einzige Fremdwort, das er nicht verstehen wollte. Er gab der Jungen Freiheit (JF) Interviews, äußerst kritikwürdig! Aber das taten andere wie Charlotte Knobloch auch. Er war ein konservativer Beobachter, der sich einen eigenen Blick auf den Islam, die Militärabenteuer der USA und die Unterdrückung der Palästinenser gönnte. Für anti-deutsche Grüne wie Karsten Finke muss er ein rotes Tuch sein. In einem seiner letzten Interviews kritisierte Scholl-Latour auch die Rolle des Westens im Ukraine-Konflikt. Man muss ja nicht mit allem einverstanden sein. Egal wie das Studierendenparlament entscheidet: Es wird folgenlos bleiben. Spätestens im Senat wird diese lächerliche Symbolpolitik gestoppt werden, die die Grünen hier auf dem Rücken eines Toten austragen. Mich hätte Scholl-Latours Reaktion auf Finkes Idee interessiert, „bewaffnete Frauen-Horden“ in den Kampf gegen den IS zu schicken (vgl. :bsz 1016). Ein mildes Lächeln?

:Gastautor Kolja Schmidt



zeit:punkte

AStA-Dollar-Party im KulturCafé

Der AStA lädt zur Dollar-Party ein: Bis 23:30 Uhr bekommt Ihr zu jedem Special-Cocktail einen Dollar, den Ihr ab 1 Uhr gegen eine Überraschung an der AStA-Theke einlösen könnt, solange der Vorrat reicht. Mit Musik versorgt Euch DeeJay FloRyan.

• Freitag, 14. November, 21 Uhr. KulturCafé, RUB. Eintritt frei.

Losing Time: A Tribute to Tom Waits

Thomas Alan Waits, der Poet des amerikanischen Altraums, die versoffene Stimme der Unterschicht, ist ein Original: Er schuf seine eigene Kunstfigur, sein eigenes Musik-Genre, einen magischen Mythos. Auch wegen seiner einzigartigen Stimme ist Tom Waits nicht zu kopieren. Eingedampft auf das Wesentliche der Musik der Legende Waits, präsentieren Hannes Weyland (Gesang) und Philip Ritter (Klavier) vor allem dessen frühe Werke. Immer nah am Original, oft zum Verwechseln ähnlich. Mit ihrem Duo *Closing Time* begeben sich die beiden Ausnahmemusiker auf Spurensuche: Wer ist Tom Waits?

• Samstag, 15. November, 19:30 Uhr. Theater Rottstr 5, Bochum. Reservierungen unter

karten@rottstr5-theater.de oder telefonisch: 0163 / 7615071.

Neue Rezepte für das Akafö?

Am 1. September gab es in Akafö-Mensen und Cafeten eine „Preisanpassung“, die für Diskussionen sorgte. Der AStA ist der An-

sicht, dass die Gründe der Preiserhöhung und mögliche Alternativen künftig „besser dargestellt“ werden können. Gemeinsam mit dem Akafö werden Möglichkeiten beleuchtet, Preise und Angebote in der Mensa zu gestalten und diese mit den Studierenden diskutiert. An der Debatte nehmen Teil: Martin Wilken (AStA), Simon Gutleben (Akafö-Verwaltungsrat), Manuela Hildebrand (Akafö), Ezzedine Zerria (Leiter der Campusgastronomie).

• Montag, 17. November, 18 Uhr. GB-Cafete, RUB. Eintritt frei.

Treibgut-Lesebühne „Schriftbruch“

Die Initiative *Treibgut – Literatur von der Ruhr* macht sich auf zu neuen Ufern: Im *Neuland* beginnt unter dem Namen *Schriftbruch* die neue Reihe der jungen Bochumer SchriftstellerInnen. Im ehemaligen R15 wird nicht über Vortragstexte abgestimmt; wer einfach Lust hat auf gutes Bier und interessante Themen, ist herzlich willkommen.

• Dienstag, 18. November, 19:30 Uhr, *Neuland*, Rottstr. 15, Bochum. Eintritt 5 Euro.



„1h12min“ in der Rotunde

:bsz-Redakteur **Tim** ist hoffentlich länger als eine Stunde und zwölf Minuten am Tag klar bei Verstand und besucht aus diesem Grund **1h12min** im Rahmen des Zeit-Zeug-Festivals in der Rotunde im alten Katholikenbahnhof. Die britische Dramatikerin Sarah Kane beschrieb 1999 in „4.48 Psychosis“ den Zeitraum zwischen 4:48 Uhr und 6:00 Uhr morgens als den einzigen, in dem sie souverän und vernünftig sei. Wer von Euch vernünftig ist, sollte sich diese großartige Inszenierung vom Bochumer Kollektiv Anna Kpok anschauen! Für drei Euro ist man bei „1h12min“ dabei, der komplette Festival-Pass kostet fünf Euro.

• Donnerstag, 13. November, 18:30 Uhr. Rotunde, Konrad-Adenauer-Platz 3. Eintritt: 3 Euro, Festivalpass: 5 Euro.

– ANZEIGE –

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum vom 17. November bis 21. November 2014
Dabei sein unter [facebook.com/akafoe](https://www.facebook.com/akafoe) oder twitter.com/Akafoe



	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Aktionen 4,20 € (Stud.) 5,20 € (Gäste)	• „Riz Djerbien“: Reis mit Spinat und Hähnchen	• „Kaftaji“: Buntes frittiertes Gemüse mit Ei und Baguette	• „Pates aux fruits de mer“: Pasta mit Meeresfrüchten	• „Ragoût de variantes“: Sauer-Scharfer Eintopf mit Hackbällchen und Baguette	• „Couscous à l’agneau“: Couscous mit Lamm und Zucchini
Komponentessen 1,80 € (Stud.) 2,80 € (Gäste)	• Hühnerfrikassee mit Erbsen und Spargel (G) • Vegetarische Bällchen mit Gemüsesauce (V)	• Hähnchenschnitzel „Pomodori“ mit Tomaten-Basilikum-Sauce (G) • Grünkernbratling mit Tomaten-Basilikum-Sauce (V)	• Rinderhacksteak mit Tsatsiki (R) • Vegetarisches Geschnetzeltes „Gyros Art“ Tsatsiki (V)	• Paniertes Seelachsfilet mit Remouladensauce (F) • Brokkoli-Nuss-Knusperecke mit Käsesauce (V)	• Thai-Chicken mit Diablosauce (G) • Vegetarische Mini-Frühlingsrollen mit Asiasauce (V)
Sprinter 2,20 € (Stud.) 3,30 € (Gäste)	• Chinesische Nudelpfanne mit Putenfleisch (1,G) • Linseneintopf mit Gemüseringel, Brötchen (2,3,S)	• Graupeneintopf mit Bockwurst (R,S) • Spaghetti-Gratin, Salat der Saison (V)	• Reispfanne „Rhodos“ mit Hähnchen und Salat der Saison (G) • Germknödel mit Pflaumenmusfüllung und Vanillesauce (V)	• Lauchnudeln und Salat der Saison • Gemüse-Nudelauflauf und Salat der Saison (V)	• Kartoffel-Gemüseintopf mit Bockwurst (R,S) • Kartoffel-Gemüseintopf mit Polenta, Käseknusperschnitte (V)
Beilagen 0,80-0,90 €	• Butterreis (V) • Pariser Kartoffeln (V) • Brokkoli (V) • Balkangemüse (V)	• Bunte Spiral-Nudeln (V) • Kartoffelpüree (V) • Mais-Paprikagemüse (V) • Wok-Gemüse (V)	• Djuwetschreis (V) • Penne Rigate (V) • Karottengemüse (V) • Prinzessbohnen (V)	• Makkaroni-Nudeln (V) • Bio-Salzkartoffeln (V) • Erbsen u. Möhren (V) • Blattspinat (V)	• Sesamreis (V) • Bandnudeln (V) • Blumenkohl (V) • Fitnessgemüse (V)
Bistro 2,20-3,80 € (Stud.) 3,30-5,00 € (Gäste)	• Schweineschnitzel, Pfefferrahmsauce, Pariser Kartoffeln, Bohnensalat (S) • Putengulasch, Vollkornnudeln, Paprika-Zucchini-Gemüse (G,JF) • Linseneintopf (V)	• Hähnchennuggets mit Sweet-Chili-Sauce, Pommes Frites, Gürkensalat (G) • Schweinebraten, Kartoffeln, Blumenkohl-, Broccoli-, Möhrengemüse (JF,V) • Spaghetti-Gratin (V)	• Burgunderbraten, Kartoffelklöße, Rotkohl (A,R) • Nudelauflauf, Kidney-Bohnen, Mais, Paprika, Tomatensauce, Salat (JF,V) • Germknödel mit Pflaumenmus (V)	• Calamares in Backteig, Aioli Dip, Baguette, Kappesalat • Veganer Gulasch, Bandnudeln, Romanescogemüse (F,JF) • Kartoffel-Gemüse-Auf-lauf (V)	• Spaghetti Bolognese, Salat (G,R) • Hoki-Fischfilet, Tomaten-Gemüsesauce, Paprikareis, Zucchini-gemüse (F,JF) • Kartoffel-Gemüseintopf (V)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbuffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (JF) JOB&FIT, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.



17. November
DIËS UND DAS

Lenin hielt es für eine Fälschung des Militärs, als er die Meldung in der neuesten Ausgabe des SPD-Organs „Vorwärts“ las: Die Reichstagsfraktion der SPD hatte am 4. August 1914 den Krediten für den Ersten Weltkrieg zugestimmt (78 Abgeordnete dafür, 14 dagegen). Für die zweite Internationale war es das Ende, für die ArbeiterInnenbewegung eine Tragödie. Denn zwei Jahre zuvor hatte die Internationale angesichts des lauter werdenden Kriegsgeheuls in Europa den 17. November 1912 zum internationalen Antikriegstag ausgerufen. Tausende Menschen gingen gegen das drohende Gemetzel auf die Straßen; in Paris waren es sogar Hunderttausend. Man beschloss, im Falle einer Kriegsdrohung von oben auf Generalstreik und Aufstand zu setzen. Am Ersten August hielten jedoch nur noch die Wenigsten etwas davon. „Burgfrieden“ hieß es nun bei den Kautskys und Scheidemanns in der SPD-Führung. Der **Internationale Antikriegstag** verpuffte in der Kriegseuphorie von 1914. Der 17. November ist zwar kein Feiertag, aber er ist Meilenstein und Mahnung zugleich. Er steht dafür, gegen den Krieg zu kämpfen und warnt zudem vor der korruptierten Anpassung ans kriegshetzerische Establishment. „Regierungsbeteiligung“ heißt das heute bei manchen Linken, etwa in Thüringen. Immerhin: Lenin hatte daraus gelernt.

:bent

:impressum

:bsz

Bochumer Stadt- & Studierendenzzeitung
Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Martin Wilken, Sven Heintze u. a.

Redaktion dieser Ausgabe:

- Alexander Schneider (alx)
- Benjamin Trilling (bent)
- Birthe Kolb (bk)
- Christian Kriegel (ck)
- Johannes Opfermann (joop)
- Katharina Cygan (kac)
- Marek Firlje (mar)
- Melinda Baranyai (mb)
- Ulrich Schröder (USch)
- Tim Schwermer (tims)

V. i. S. d. P.: Ulrich Schröder (Anschrift s. u.)

Anschrift:

:bsz
c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum
SH Raum 081
Universitätsstr. 150
44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900
E-Mail: redaktion@bszonline.de
Im Netz: www.bszonline.de,
[facebook.com/bszbochum](https://www.facebook.com/bszbochum)

Auflage: 3.000

Druck: Druckwerk, Dortmund
Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.

Bildnachweis: Peter Scholl-Latour, S. 6u.: Peterschollatour (CC-BY-SA-3);
wikimedia commons; S. 1 (Anreißer 2):
Polnische Arbeiterbank Bochum –
Wikimedia-Commons

BOCHUM-QUERENBURG

Bezirksvertretung Bochum Süd lehnt Campus-Quartier-Pläne einstimmig ab – Grüne halten im Ratsausschuss dagegen Ist die Lennershof-Siedlung doch noch zu retten?

Ein Gespenst geht seit nunmehr sechs Jahren um in Bochum-Querenburg; während die Ruhr-Universität mit dem „Gesundheitscampus“ nach Westen expandiert, soll im Rahmen des „Masterplans Universität-Stadt“ auch östlich der RUB mit dem „Campus-Quartier Lennershof“ ein großes Areal für „universitäre Einrichtungen“ erschlossen und dabei auf bestehende Siedlungsstrukturen kaum Rücksicht genommen werden. Gegenüber den ein- bis zweigeschossigen Wohngebäude im Plangebiet, die laut Bebauungsplan „nicht mehr den aktuellen Wohnbedürfnissen“ entsprechen, wird durchschnittlich eine doppelte Geschosshöhe angestrebt. Zudem sollen Bürogebäude und sogar ein Hotel für GastdozentInnen („Boarding House“) in dem Wohngebiet angesiedelt werden, wenn es nach den ursprünglichen Plänen des Investors VBW (Verein für Bauen und Wohnen) sowie der Stadtverwaltung ginge. Doch aktuell erhielt die Planung einen nachhaltigen Dämpfer. Bezirksvertretung und Planungsausschuss legten das Ganze einstweilen auf Eis, während ausgerechnet ein Ausschussmitglied der Grünen, Martina Foltys-Banning (zugleich Mitglied im VBW-Aufsichtsrat) an der Planung festhalten will.

Die anwesenden LennershöferInnen atmeten bei der jüngsten Sitzung der Bezirksvertretung (BV) Bochum Süd erleichtert auf: Einstimmig sprachen sich die BezirksvertreterInnen am 4. November 2014 gegen den Baubauungsplan der Stadtverwaltung aus. Auch im Ausschuss für Planung und Grundstücke wurde der Tagesordnungspunkt auf unbestimmte Zeit verschoben. Der VBW, Investor und Eigentümer des rund 2,1 Hektar großen Areals zwischen Ruhr-Uni und Fachhochschule Bochum, sowie die Stadtverwaltung sind nunmehr beauftragt, das Konzept abermals zu überarbeiten. Zahlreiche während der Auslegung des Bebauungsplanes im Sommer 2013 eingegangene „Anregungen und Einwendungen“ der BürgerInnen führten laut Beschlussvorlage der Verwaltung „nicht zu einer Änderung des Bebauungsplanes“, sagt Lennershof-Bewohner Gerhard Merckens. „Die vielfältigen Einwendungen der Anwohner sind im Verfahren so gut wie nicht berücksichtigt worden“, bestätigt auch der als Bausachverständiger tätige Diplomingenieur Martin Knauber auf Anfrage der :bsz. Dies dürfte sicherlich ein Grund für die einhellige Ablehnung des Entwurfs seitens der BezirkspolitikernInnen sein.

SPD lenkt ein

Nun ist zu hoffen, dass die nach ersten BürgerInnenversammlungen 2009 und einem Moderationsverfahren 2011 sowie der Planauslegung 2013 nunmehr vierte Option einer Einbeziehung der BürgerInnen tatsächlich dazu führt,



Noch halten sich die Kontraste im Rahmen: Situation vor dem ID-Gebäude.

Foto: USch

dass „eine weniger dichte Bebauung“ durchgesetzt und „eine für den Lennershof verträgliche Lösung“ gefunden wird, sagt Merckens, der wie Knauber auch im Kreise der Bürgerinitiative „Pro Lennershof“ aktiv ist. „Wir sind von den aktuellen Entwicklungen auch überrascht worden“, ergänzt Knauber. Treibende Kraft beim politischen Umschwenken seien offensichtlich die SozialdemokratInnen: „Die SPD ist inzwischen nach eigener Aussage zur Erkenntnis gelangt, dass die bisher verfolgte Planung doch nicht optimal ist (...). Nach Aussage der Bürgermeisterin Gabi Schäfer soll ein neues Konzept in Ruhe zusammen mit der VBW entwickelt werden.“ Die CDU hatte sich schon vor über einem Jahr gegen die Planungen positioniert. Auch RUB-Rektor Elmar Weiler distanzierte sich zuletzt zunehmend von den Planungen, da kein Bedarf mehr an Gewerbeflächen, sondern nur noch an Wohnraum für MitarbeiterInnen gesehen werde.

Gewerbe im Wohngebiet vom Tisch?

Seit die Planungen 2008 begannen und zwischenzeitlich schon mit dem Abriss einzelner Gebäude in der ehemaligen Bergmannssiedlung aus den 50er Jahren begonnen wurde, gibt es nun wieder Hoffnung, auch eine angestrebte „Mischnutzung“ aus Wohnen und Gewerbe abzuwenden, die für einen Teil der Siedlung durchgesetzt werden sollte: „Wir hoffen natürlich alle, dass die geplanten Büros und was sonst auch immer für ein Gewerbe da rein sollte, jetzt ganz vom Tisch sind“, macht Merckens den übrigen Lennershof-BewohnerInnen Mut. „Zu den neuen Plänen muss sich die VBW jetzt erst einmal neu ‚positionieren‘“, ist er überzeugt. „Dann werden hoffentlich auch die Lennershöfer früh genug mit einbezogen.“ Seine Vision für die Zukunft ist grün: „Es wäre schön, auch für neue Bürgerinnen und Bürger, die einmal hier im Lennershof leben wollen, wenn der Gartenstadt-Charakter dieser lebens- und lebenswerten Siedlung erhalten bleiben würde.“ Dies

sieht ausgerechnet Grünen-Politikerin Foltys-Banning jedoch anders: „Das in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erarbeitete Quartierskonzept muss unbedingt weiterverfolgt werden.“

Grüne hält fest am Campus-Quartier

Auch wenn der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Campus-Quartier Lennershof im Ausschuss für Planung und Grundstücke am 4. November 2014 von der Tagesordnung genommen wurde, halten die Grünen am umstrittenen Konzept der Quartiersentwicklung an diesem Standort fest und der begonnene Weg solle weitergegangen werden: „In dieser attraktiven und – besonders mit dem ÖPNV – gut erschlossenen Lage ist eine angemessene Verdichtung mit Geschosswohnungsbau genau das richtige Angebot“, so Foltys-Banning. „Wir müssen auf veränderte Wohnbedürfnisse der Bevölkerung und den demographischen Wandel reagieren, innovative Wohnformen und flexible Wohngrundrisse möglich machen. Nicht alle Familien mit Kindern suchen ihr Glück im Einfamilienhaus“, ist die Grünen-Vertreterin in der BV Süd sowie im VBW-Aufsichtsrat überzeugt und hält ein „gemischtes Konzept mit einer gesunden Mischung aus Wohnen und Arbeiten, das auf die verschiedenen Lebensentwürfe und Lebensphasen der Menschen zu reagieren vermag“ für „besonders nachhaltig“.

„In der Lennershof-Siedlung existiert das, was eine vernünftige Stadtplanung eigentlich anstrebt“, sagt Can Duman, Vertreter der Linken in der Bezirksvertretung Süd. „Hier gibt es ebenso Platz für Menschen, die auf sozialen Wohnungsbau angewiesen sind wie für Leute, die sich ein Eigenheim leisten können“, beschreibt der Linken-Bezirksvertreter die Situation vor Ort. Zudem sind hier neuerdings auch zwölf Flüchtlingsfamilien in Wohnungen zuhause, die eigentlich bereits hätten abgerissen werden sollen, wenn es nach der nun abermals aufgeschobenen Planung gegangen wäre. „Die Siedlung muss so weiter entwickelt werden,

dass diese Errungenschaften gestärkt und nicht zerstört werden“, fordert Can Duman und ist überzeugt: „Der Bebauungsplan setzt völlig falsche Zeichen, wenn stattdessen Gewerbeflächen und hohe Gebäude entstehen und in den Neubauten ausdrücklich keine Familien gewollt sind.“

BürgerInnen bleiben wachsam

Für Gerhard Merckens wäre vor allem die dichte und sehr hohe Bebauung und der damit verbundene Kahlschlag von circa 90 Bäumen untragbar. Der Lennershöfer befürchtet zudem, dass „die Versiegelung der kompletten Fläche wie bei den vergangenen Unwettern wahrscheinlich zu Überschwemmungen der ganzen Siedlung führen“ würde. Auch das seitens der Stadt vorgelegte Verkehrskonzept sei „wegen großer Mängel nicht haltbar und müsste auf jeden Fall komplett neu überarbeitet werden“. Insgesamt hätten die Lennershof-BewohnerInnen bei der Umsetzung der Planung erhebliche ideelle und materielle Verluste erlitten: „Wenn die Bebauung, so wie ursprünglich geplant, ausgeführt worden wäre, hätten unsere direkten Anliegergrundstücke erheblich an Wert verloren. Wer guckt schon gerne vom kleinen



Initiative „Pro Lennershof“: Seit mehr als fünf Jahren aktiv.

Foto: USch

Linke für soziales Miteinander statt Kahlschlag

„In der Lennershof-Siedlung existiert das, was eine vernünftige Stadtplanung eigentlich anstrebt“, sagt Can Duman, Vertreter der Linken in der Bezirksvertretung Süd. „Hier gibt es ebenso Platz für Menschen, die auf sozialen Wohnungsbau angewiesen sind wie für Leute, die sich ein Eigenheim leisten können“, beschreibt der Linken-Bezirksvertreter die Situation vor Ort. Zudem sind hier neuerdings auch zwölf Flüchtlingsfamilien in Wohnungen zuhause, die eigentlich bereits hätten abgerissen werden sollen, wenn es nach der nun abermals aufgeschobenen Planung gegangen wäre. „Die Siedlung muss so weiter entwickelt werden,

Garten direkt auf eine etwa 14 Meter hohe durchgehende Häuser-Schlange?“ Diese hätte zwischen der Straße Im Schebbruch nahe der U-35-Haltestelle Lennershof und dem ID-Gebäude der Ruhr-Uni entstehen sollen. „Der Widerstand der Betroffenen ist ungebrochen!“, legt Merckens nach. Die Initiative „Pro Lennershof“ ist einerseits froh, „dass die Planungen in der bisher vorgelegten Form erstmal vom Tisch sind“, resümiert Martin Knauber. Doch wäre es zu früh für Euphorie: „Wir werden weiterhin sehr aufmerksam sein und trauen den Zusicherungen der Politik auf eine neue Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei zukünftigen neuen Planungen noch nicht über den Weg.“

:Ulrich Schröder